Der Rat unterstreicht, wie wichtig es ist, die vorhandenen Mechanismen der Vereinten Nationen zur Konfliktprävention in Afrika, wie die Landesteams der Vereinten Nationen, die regionalen und subregionalen Organisationen sowie die nationalen Regierungen fortlaufend für die vorbeugende Diplomatie und gegebenenfalls die Behebung der tieferen Ursachen von Konflikten zu nutzen, und befürwortet die Förderung regionaler Ansätze zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten, mit der Maßgabe, dass sie mit den Zielen und Grundsätzen der Charta übereinstimmen.

Der Rat legt dem Generalsekretär nahe, in Afrika auch weiterhin so oft wie möglich das Instrument der Vermittlung einzusetzen, um zur friedlichen Lösung von Konflikten beizutragen, und in dieser Hinsicht gegebenenfalls in enger Abstimmung mit der Afrikanischen Union und den subregionalen Organisationen zusammenzuarbeiten.

Der Rat sieht dem jährlichen Bericht des Generalsekretärs über Konfliktursachen und die Förderung dauerhaften Friedens und einer nachhaltigen Entwicklung in Afrika und den darin abgegebenen Empfehlungen zu der Frage, wie die tieferen Ursachen der Konflikte in Afrika innerhalb des Systems der Vereinten Nationen und in Zusammenarbeit mit den regionalen und subregionalen Organisationen sowie anderen Akteuren am besten angegangen werden können, mit Interesse entgegen.

Am 9. Mai 2013 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär³³⁸:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 6. Mai 2013 betreffend Ihren Bericht gemäß den Resolutionen 2056 (2012) und 2071 (2012) des Sicherheitsrats³³⁹ den Mitgliedern des Rates zur Kenntnis gebracht worden ist.

Die Mitglieder des Rates haben von dem in ihrem Schreiben enthaltenen Ersuchen, die Frist für die Herausgabe des Berichts zu verlängern, Kenntnis genommen und sehen der Vorlage des Berichts bis 14. Juni 2013 mit Interesse entgegen.

Auf seiner 6965. Sitzung am 13. Mai 2013 beschloss der Rat, die Vertreter Algeriens, Äthiopiens, Benins, Côte d'Ivoires, Sudans und der Vereinigten Republik Tansania gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Frieden und Sicherheit in Afrika

Die Herausforderungen im Kampf gegen den Terrorismus in Afrika im Kontext der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit

Schreiben des Ständigen Vertreters Togos bei den Vereinten Nationen vom 30. April 2013 an den Generalsekretär (S/2013/264)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Abdullahi Shehu, den Generaldirektor der Zwischenstaatlichen Aktionsgruppe gegen Geldwäsche in Westafrika, Herrn Tété António, den Ständigen Beobachter der Afrikanischen Union bei den Vereinten Nationen, und Herrn Thomas Mayr-Harting, den Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab³⁴⁰:

Der Sicherheitsrat bekräftigt seine Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen.

³³⁸ S/2013/277.

³³⁹ S/2013/276.

³⁴⁰ S/PRST/2013/5.

Der Rat stellt mit tiefer Besorgnis fest, dass der Terrorismus nach wie vor eine ernsthafte Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit, den Genuss der Menschenrechte und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Staaten darstellt und die globale Stabilität und den Wohlstand in Afrika untergräbt und insbesondere dass diese Bedrohung diffuser geworden ist und dass namentlich durch Intoleranz und Extremismus motivierte terroristische Handlungen in verschiedenen Weltregionen zugenommen haben.

Der Rat verweist auf alle seine Resolutionen und Erklärungen zur Terrorismusbekämpfung, verurteilt erneut nachdrücklich den Terrorismus in allen seinen Arten und Erscheinungsformen, gleichviel von wem, wo und zu welchem Zweck er begangen wird, und bekundet seine Entschlossenheit, den Terrorismus in allen seinen Arten und Erscheinungsformen mit allen Mitteln im Einklang mit der Charta und dem Völkerrecht, einschließlich der anwendbaren internationalen Menschenrechtsnormen, des Flüchtlingsvölkerrechts und des humanitären Völkerrechts, zu bekämpfen.

Der Rat ist tief besorgt darüber, dass bewaffnete Gruppen, deren Zahl in mehreren Regionen und Subregionen Afrikas steigt, zunehmend Gewalt ausüben. Der Rat ist umso besorgter, als sich die Staaten in diesen Regionen Schwierigkeiten wie etwa durchlässigen Grenzen, die die Grenzkontrolle weiterhin erschweren, und dem zunehmenden illegalen Waffenhandel gegenübersehen; diese Staaten befinden sich außerdem in einer schwierigen sozioökonomischen Lage, die zur Folge hat, dass es an Mitteln und Ressourcen für eine wirksame Terrorismusbekämpfung fehlt. Der Rat ist sich dessen bewusst, wie wichtig in dieser Hinsicht starke und wirksame nationale, subregionale und regionale Institutionen sind.

Der Rat ist sich dessen bewusst, dass der Terrorismus nicht allein durch militärische Gewalt oder Sicherheitskräfte, Maßnahmen der Strafrechtspflege und nachrichtendienstliche Aktivitäten besiegt werden wird, und unterstreicht die Notwendigkeit, die Bedingungen anzugehen, die die Ausbreitung des Terrorismus begünstigen, was unter anderem die Verstärkung der Anstrengungen zur erfolgreichen Verhütung und friedlichen Beilegung anhaltender Konflikte sowie die Förderung der Rechtsstaatlichkeit, den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, eine gute Regierungsführung, Toleranz und Offenheit einschließt.

Der Rat unterstreicht, dass im langfristigen Kampf gegen den Terrorismus ein umfassender Ansatz verfolgt werden muss, mit dem die Aufgaben der Steigerung des Wirtschaftswachstums, der Förderung guter Regierungsführung, der Armutsminderung, des Aufbaus staatlicher Kapazität, des Ausbaus sozialer Dienste und der Korruptionsbekämpfung, insbesondere in Afrika, aber auch in anderen Regionen, angegangen werden.

Der Rat bekräftigt, dass der Terrorismus nicht mit einer bestimmten Religion, Nationalität oder Zivilisation in Verbindung gebracht werden kann und soll.

Der Rat bekräftigt außerdem, dass die Mitgliedstaaten in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete Androhung oder Anwendung von Gewalt unterlassen sowie den Vereinten Nationen bei jeder Maßnahme, welche die Organisation im Einklang mit der Charta ergreift, jeglichen Beistand leisten und einem Staat, gegen den die Organisation Vorbeugungs- oder Zwangsmaßnahmen ergreift, keinen Beistand leisten.

Der Rat stellt mit Besorgnis fest, dass terroristische Bedrohungen die Sicherheit der Länder in den betroffenen Subregionen und folglich des gesamten Kontinents gefährden und sich nachteilig auf die Anstrengungen der afrikanischen Staaten zur Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung auswirken. Der Rat ist sich dessen bewusst, dass Entwicklung und Sicherheit sich gegenseitig verstärken und für einen wirksamen und umfassenden Ansatz zur Terrorismusbekämpfung unverzichtbar sind.

Der Rat stellt fest, dass sich der Terrorismus in Afrika in seinem Wesen und seiner Art wandelt, bekundet seine Besorgnis über die in vielen Fällen bestehende Verbindung zwischen dem Terrorismus und der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität und unerlaubten Tätigkeiten wie Drogen-, Waffen- und Menschenhandel und betont, dass die auf nationaler, subregionaler, regionaler und internationaler Ebene unternommenen Anstrengungen besser koordiniert werden müssen, um die weltwei-

te Reaktion auf diese ernste Herausforderung und Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu verstärken.

Der Rat erinnert an seine Resolutionen 1267 (1999) und 1989 (2011), 1373 (2001), 1540 (2004) und 1624 (2005) sowie die anderen anwendbaren internationalen Übereinkünfte zur Terrorismusbekämpfung, betont, dass sie vollständig durchgeführt werden müssen, ruft die Staaten abermals auf, zu erwägen, so bald wie möglich Vertragsparteien aller einschlägigen internationalen Übereinkommen und Protokolle zu werden und ihre Verpflichtungen aus den Übereinkünften, deren Vertragspartei sie sind, voll umzusetzen, und nimmt davon Kenntnis, dass der Ad-hoc-Ausschuss nach Resolution 51/210 der Generalversammlung vom 17. Dezember 1996 feststellte, dass für die Erzielung wesentlicher Fortschritte bei den noch offenen Fragen mehr Zeit benötigt wird, und daher beschloss, dem Sechsten Ausschuss zu empfehlen, auf der neunundsechzigsten Tagung der Generalversammlung eine Arbeitsgruppe mit dem Ziel einzusetzen, den Prozess der Erarbeitung des Entwurfs eines umfassenden Übereinkommens über den internationalen Terrorismus abzuschließen³⁴¹.

Der Rat erachtet Sanktionen als wichtiges Instrument bei der Terrorismusbekämpfung und unterstreicht, wie wichtig die umgehende und wirksame Durchführung der einschlägigen Resolutionen, insbesondere der Resolutionen 1267 (1999) und 1989 (2011) des Rates, als Schlüsselinstrument im Kampf gegen den Terrorismus ist. Der Rat erklärt erneut, dass er nach wie vor entschlossen ist, dafür Sorge zu tragen, dass faire und klare Verfahren vorhanden sind, die die Aufnahme von Personen und Einrichtungen in Sanktionslisten und ihre Streichung von diesen Listen sowie die Gewährung von Ausnahmen aus humanitären Gründen regeln.

Der Rat erklärt erneut, dass die laufende Zusammenarbeit zwischen den mit seinen Resolutionen 1267 (1999) und 1989 (2011) sowie 1373 (2001), 1540 (2004) und 1988 (2011) eingesetzten Ausschüssen mit Terrorismusbekämpfungsmandat und ihren jeweiligen Sachverständigengruppen verstärkt werden muss.

Der Rat bekundet erneut seine Bereitschaft, im Einklang mit seinen einschlägigen Resolutionen Sanktionen gegen Personen und Einrichtungen zu verhängen, die Personen oder Gruppen Unterschlupf gewähren, sie finanzieren, fördern, unterstützen, organisieren, ausbilden oder aufstacheln zu dem Zweck, gewaltsame oder terroristische Handlungen gegen andere Staaten oder deren Staatsangehörige in Somalia oder der Region zu begehen, und im Einklang mit seiner Resolution 2083 (2012) Sanktionen gegen andere regionale Netzwerke sowie Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen zu verhängen, die nicht alle Beziehungen zu Al-Qaida und den mit ihr verbundenen Gruppen, einschließlich Al-Qaidas im islamischen Maghreb, der Bewegung für die Einheit und den Dschihad in Westafrika und Ansar Eddines, abbrechen.

Der Rat nimmt Kenntnis von den einschlägigen Übereinkünften der Afrikanischen Union über die Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus, insbesondere dem Übereinkommen von Algier von 1999 über die Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus³⁴² und seinem Zusatzprotokoll und dem Aktionsplan zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus, und begrüßt die von den afrikanischen Staaten auf nationaler und regionaler Ebene unternommenen Schritte zur Terrorismusbekämpfung.

Unter Kenntnisnahme des Beschlusses der Afrikanischen Union in dem von ihrem Friedens- und Sicherheitsrat herausgegebenen Kommuniqué vom 8. Dezember 2011 verurteilt der Sicherheitsrat nachdrücklich die Entführungen und Geiselnahmen, die mit dem Ziel begangen werden, Mittel zu beschaffen oder politische Zugeständnisse zu erwirken, stellt fest, dass solche Entführungen in der Sahel-Region zugenommen haben, und unterstreicht, dass diese Fragen dringend angegangen werden müssen. Der Sicherheitsrat bekundet ferner seine Entschlossenheit, Entführungen und Geiselnahmen in der Sahel-Region im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht zu bekämpfen, und weist in dieser Hinsicht auf die Veröffentlichung des Memorandums von Algier des Globalen Forums Terroris-

³⁴¹ *Official Records of the General Assembly, Sixty-eighth Session, Supplement No. 37 (A/68/37)*, Ziff. 12.

³⁴² United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2219, Nr. 39464.

musbekämpfung über bewährte Verfahren zur Verhütung von Entführungen zur Erpressung von Lösegeld durch Terroristen und zur Beseitigung der damit verbundenen Vorteile hin.

Der Rat erklärt erneut, dass die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, es im Einklang mit dem Völkerrecht zu unterlassen, Einrichtungen oder Personen, die an terroristischen Handlungen beteiligt sind oder damit in Verbindung stehen, in irgendeiner Form aktiv oder passiv zu unterstützen, indem sie namentlich die Anwerbung von Mitgliedern terroristischer Gruppen unterbinden und die Belieferung von Terroristen mit Waffen beendigen, und ist sich dessen bewusst, dass die Finanzierung des Terrorismus und terroristischer Organisationen, namentlich aus den Erträgen unerlaubter Aktivitäten wie der organisierten Kriminalität, des Handels mit und der unerlaubten Gewinnung von Suchstoffen und ihren chemischen Ausgangsstoffen, verhütet und unterbunden werden muss und wie wichtig eine anhaltende internationale Zusammenarbeit auf dieses Ziel hin ist.

Der Rat erkennt die wichtige Arbeit an, die die Institutionen der Vereinten Nationen und andere multilaterale Organisationen, insbesondere die Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“, die Ost- und Südafrikanische Gruppe gegen Geldwäsche, die Zwischenstaatliche Aktionsgruppe gegen Geldwäsche in Westafrika und die Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“ für den Nahen Osten und Nordafrika, durch die Förderung von Kapazitäten und Zusammenarbeit zur Unterstützung der Anstrengungen zur Verhütung und Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus und terroristischer Organisationen leisten.

Der Rat betont, dass die Fortsetzung der internationalen Bemühungen zur Förderung des Dialogs und zur Vertiefung des Verständnisses zwischen den Zivilisationen mit dem Ziel, unterschiedslose Angriffe auf andere Religionen und Kulturen zu verhindern, sowie die Auseinandersetzung mit ungelösten regionalen Konflikten und dem gesamten Spektrum von Weltproblemen, einschließlich der Entwicklungsfragen, zur Stärkung des internationalen Kampfes gegen den Terrorismus beitragen werden.

Der Rat bekräftigt, dass die afrikanischen Staaten in enger und direkter Zusammenarbeit über die zuständigen Organe der Afrikanischen Union und andere regionale Rahmen verstärkt Maßnahmen zur Kooperation, gegenseitigen Hilfe und Koordinierung zwischen Sicherheitsbehörden, Staatsanwälten und Richtern durchführen müssen, mit dem Ziel, die gemeinschaftlichen Bemühungen Afrikas bei der Terrorismusbekämpfung wirksamer und vor allem proaktiver zu gestalten, und unterstreicht die Notwendigkeit, alle erforderlichen und geeigneten Maßnahmen im Einklang mit dem Völkerrecht zu ergreifen, damit auch der Schutz des Rechts auf Leben und der anderen Menschenrechte in Afrika darin eingeschlossen ist.

Der Rat ist besorgt über den Extremismus und die Aufstachelung zu Terrorismus in afrikanischen Staaten und betont, wie wichtig es ist, im Kampf gegen den Terrorismus dem gewaltsamen Extremismus zu begegnen und zu diesem Zweck gegen die Bedingungen vorzugehen, die die Ausbreitung des Terrorismus begünstigen, und durch die Förderung von Toleranz, Diversität, Respekt und Dialog die Widerstandskraft der Gesellschaft gegenüber Aufstachelung zu stärken.

Der Rat erkennt die Unterstützung an, die bilaterale und multilaterale Akteure, namentlich die Afrikanische Union, die Europäische Union, die Organisation der Islamischen Zusammenarbeit, die Liga der arabischen Staaten und subregionale Organisationen wie die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, die Gemeinschaft der Sahel-Sahara-Staaten, die Zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung und die Union des Arabischen Maghreb, für die Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung in Afrika leisten, und fordert die internationale Gemeinschaft und das System der Vereinten Nationen auf, mit den subregionalen Organen zur Terrorismusbekämpfung wie dem Afrikanischen Studien- und Forschungszentrum für Terrorismus stärker zusammenzuarbeiten.

Der Rat verweist auf die ausschlaggebende Rolle des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1373 (2001) betreffend die Bekämpfung des Terrorismus (Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus) und seines Exekutivdirektoriums bei der Sicherstellung der vollen Durchführung der Resolutionen 1373 (2001) und 1624 (2005) und unterstreicht, wie wichtig Kapazitätsaufbau und technische Hilfe dafür sind, die Mitgliedstaaten verstärkt zur wirksamen Durchführung seiner Resolutionen zu befähigen, legt dem Exekutivdirektorium des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus nahe, mit den Mitgliedstaaten auf Antrag auch weiterhin zusammenzuarbeiten und insbesondere in enger

Zusammenarbeit mit dem Arbeitsstab Terrorismusbekämpfung sowie mit allen bilateralen und multilateralen Anbietern technischer Hilfe den Bedarf an technischer Hilfe zu bewerten und ihre Bereitstellung zu erleichtern, und begrüßt den zielgerichteten, regionalen Ansatz, den das Exekutivdirektorium des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus verfolgt, um den Bedürfnissen jedes Mitgliedstaats und jeder Region auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung Rechnung zu tragen.

Der Rat nimmt mit Anerkennung Kenntnis von den Aktivitäten, die die Institutionen der Vereinten Nationen, einschließlich des Arbeitsstabs Terrorismusbekämpfung, in Abstimmung mit anderen zuständigen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen auf dem Gebiet des Kapazitätsaufbaus durchführen, um den afrikanischen Mitgliedstaaten auf Antrag bei der Umsetzung der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus³⁴³ behilflich zu sein, und legt dem Arbeitsstab nahe, die zielgerichtete Erbringung der Kapazitätsaufbauhilfe zu gewährleisten.

Der Rat legt den Sahel- und den Maghreb-Staaten eindringlich nahe, die interregionale Zusammenarbeit und Koordinierung zu verstärken, um integrative und wirksame Strategien zur umfassenden und integrierten Bekämpfung der Aktivitäten terroristischer Gruppen, namentlich von Al-Qaida im islamischen Maghreb, der Bewegung für die Einheit und den Dschihad in Westafrika und Ansar Eddine, und zur Verhütung der Ausbreitung dieser Gruppen zu entwickeln sowie die Verbreitung aller Rüstungsgüter zu unterbinden und die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, einschließlich des Drogenhandels, zu bekämpfen, und nimmt in dieser Hinsicht Kenntnis von dem Ergebnis der von dem Exekutivdirektorium des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus und dem Arbeitsstab Terrorismusbekämpfung vom 13. bis 15. März 2013 in Rabat veranstalteten Konferenz über die Zusammenarbeit bei der Grenzkontrolle im Sahel und im Maghreb sowie von dem Ergebnis der am 17. März 2013 in Nouakchott abgehaltenen Ministertagung über die Stärkung der Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich und die Operationalisierung der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur in der Sahel-Sahara-Region.

Der Rat ist sich dessen bewusst, wie wichtig es ist, dass nationale Gerichtsbarkeiten wirksame Maßnahmen der Strafrechtspflege gegen den Terrorismus ergreifen, und unterstreicht die Wichtigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten untereinander und mit den Institutionen und Nebenorganen der Vereinten Nationen mit dem Ziel der Stärkung ihrer jeweiligen Fähigkeiten, namentlich durch die Unterstützung ihrer Anstrengungen zur Erarbeitung und Umsetzung rechtsstaatlicher Praktiken zur Terrorismusbekämpfung, und stellt fest, dass das Globale Forum Terrorismusbekämpfung das Memorandum von Rabat über bewährte Verfahren des Strafjustizsektors bei der wirksamen Bekämpfung des Terrorismus veröffentlichte.

Der Rat ist sich dessen bewusst, dass die Geißel des Terrorismus nur durch einen nachhaltigen und umfassenden Ansatz besiegt werden kann, bei dem alle Staaten und zuständigen internationalen und regionalen Organisationen und die Zivilgesellschaft aktiv mitwirken und zusammenarbeiten, und unterstreicht die Notwendigkeit, gegen die Bedingungen vorzugehen, die die Ausbreitung des Terrorismus begünstigen, wie in der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus dargelegt. Der Rat ermutigt die Mitgliedstaaten, umfassende und integrierte Terrorismusbekämpfungsstrategien auszuarbeiten.

Der Rat bittet den Generalsekretär, innerhalb von sechs Monaten einen Kurzbericht mit einer umfassenden Übersicht und Bewertung der einschlägigen Arbeit vorzulegen, die die Vereinten Nationen geleistet haben, um den Staaten und den subregionalen und regionalen Institutionen in Afrika bei der Bekämpfung des Terrorismus zu helfen, mit dem Ziel, mögliche diesbezügliche Schritte weiter zu prüfen.

³⁴³ Resolution 60/288 der Generalversammlung.